

Olaf Jandura

Kleinparteien in der Mediendemokratie

ÖFFENTLICHE KOMMUNIKATION MEDIEN KOMMUNIKATORFORSCHUNG MEDIEN-
SYSTEM JOURNALISMUS WERBUNG MEDIENWIRTSCHAFT ONLINEKOMMUNIKA-
TION MEDIENRECHT PUBLIC RELATIONS MEDIENMANAGEMENT POLITISCHE
KOMMUNIKATION PRINTMEDIE HÖRFUNK FERNSEHEN MEDIENWIRKUNG
MEDIENINHALTE LOKALE KOMMUNIKATION MEDIENÖKONOMIE ELEKTRO-
NISCHE MEDIEN MEDIENPÄDAGOGIK NUTZUNGSFORSCHUNG MEDIENGE-
SCHICHTE MEDIENPSYCHOLOGIE KOMMUNIKATIONSTHEORIEN MEDIENPOLI-
TIK MEDIENORGANISATIONEN INTERNATIONALE KOMMUNIKATION MEDIEN
UND MARKTFORSCHUNG MEDIENKONZENTRATION ORGANISATIONSKOMMU-
NIKATION ÖFFENTLICHE KOMMUNIKATION MEDIEN KOMMUNIKATORFOR-
SCHUNG MEDIENSYSTEM JOURNALISMUS WERBUNG MEDIENWIRTSCHAFT
ONLINEKOMMUNIKATION MEDIENRECHT PUBLIC RELATIONS MEDIENMANA-
GEMENT POLITISCHE KOMMUNIKATION PRINTMEDIE HÖRFUNK FERNSEHEN
MEDIENWIRKUNG MEDIENINHALTE LOKALE KOMMUNIKATION MEDIENÖKO

FORSCHUNG KOMMUNIKATION



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Olaf Jandura

Kleinparteien in der Mediendemokratie

Forschung Kommunikation

Olaf Jandura

Kleinparteien in der Mediendemokratie



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

1. Auflage September 2007

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2007

Lektorat: Monika Mülhausen / Bettina Endres

Der VS Verlag für Sozialwissenschaften ist ein Unternehmen von Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg
Druck und buchbinderische Verarbeitung: Krips b.v., Meppel
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier
Printed in the Netherlands

ISBN 978-3-531-15018-5

Danksagung

Die vorliegende Studie ist die gekürzte Fassung meiner Dissertationsschrift, die ich im Juli 2005 an der Philosophischen Fakultät der Technischen Universität Dresden eingereicht habe. Diese Arbeit wäre ohne die Unterstützung meiner akademischen Lehrer und meiner Familie nicht möglich gewesen.

Bedanken möchte ich mich zuerst bei meinem Betreuer Professor Dr. Wolfgang Donsbach, der schon sehr zeitig im Studium in mir die Neugier, aber auch die Freude an der empirischen Kommunikationsforschung weckte. Er war es auch, der mir die Mitarbeit an den Forschungsprojekten zur Berichterstattung über die Bundestagswahlen 1998 und 2002 ermöglichte, auf deren Daten die vorliegende Arbeit zum Teil beruht.

Weiterhin gilt mein Dank Professor Dr. Werner J. Patzelt, der meine Arbeit mit seinen Anmerkungen und Denkanstößen aus der Perspektive eines Politologen begleitete und sich stets für meine Befunde interessierte.

Einen großen Anteil daran, dass die Arbeit erscheint, hat ferner meine ehemalige Kollegin und Freundin Kerstin Weisbach, die mir ohne Rücksicht auf ihr eigenes wissenschaftliches Fortkommen Arbeit am Institut abnahm, damit ich die Dissertation abschließe und mir beim Korrekturlesen und der Gestaltung der Arbeit sehr behilflich war.

Am meisten habe ich aber meiner Familie zu danken: meinen Eltern, die schon zeitig meine Neugier und meinen Wissensdurst förderten und mich stets bei meinen Vorhaben unterstützten; und meiner Frau Grit, die mir den Rücken freihielt, akzeptierte, dass ich die Abende vor dem Computer saß und die ihre Rolle als größter Motivator und Kritiker zugleich richtig dosiert einsetzte. Ihnen widme ich die Arbeit.

München, im April 2007

Olaf Jandura

Inhalt

Vorwort von Wolfgang Donsbach	11
1 Einleitung	15
2 Parteien im politischen System der Bundesrepublik	17
2.1 Aufgaben der Parteien im politischen System	17
2.2 Parteientypologie nach dem Kriterium des Wählerzuspruchs	19
2.3 Strukturelle Differenzierung von Klein- und Großparteien	21
2.4 Bedeutung der Kleinparteien im historischen Kontext	28
3 Von der Parteien- zur Mediendemokratie	31
3.1 Veränderung der Kommunikation der Parteien	32
3.2 Veränderung des medialen Angebots.....	36
3.3 Nutzung der Massenmedien und Wirkung politischer Medieninhalte	38
3.4 Fazit	39
4 Kleinparteien in der Medienberichterstattung	41
4.1 Ansprüche an die Berichterstattung	41
4.2 Definition und empirische Umsetzung der Qualitätsdimensionen	44
4.2.1 Ausgewogenheit.....	44
4.2.2 Relevanz.....	45
4.2.3 Richtigkeit/Wahrheit	47
4.2.4 Neutralität.....	47
4.2.5 Vielfalt.....	48
4.3 Qualität der Berichterstattung über Kleinparteien	49
4.3.1 Relevanz.....	49
4.3.2 Inhaltliche Vielfalt.....	53
4.3.3 Ausgewogenheit in der Darstellung	59
4.3.4 Fazit und Folgerungen aus dem Forschungsstand	60
5 Ursachen der Darstellung	67
5.1 Politisches Handeln der Kleinparteien.....	67
5.1.1 Erfassung der Parlamentstätigkeit	68
5.1.2 Parlamentstätigkeit in der Berichterstattung.....	79
5.1.3 Mediatisierung der Parlamentstätigkeit	83
5.2 Selbstdarstellung der Kleinparteien	86
5.2.1 Wege der Selbstdarstellung	86
5.2.2 Erfolg der PR-Arbeit: Parteieneinfluss auf die Medienberichterstattung	92
5.3 Weitere Kriterien der Nachrichtenauswahl.....	103

5.3.1	Redaktionelle Linien	103
5.3.2	Politische Einstellungen von Journalisten	105
5.3.3	Redaktionelle Kontrolle	107
5.3.4	Kollegenorientierung und Intermedia-Agenda-Setting	107
5.3.5	Nachrichtenfaktoren	108
5.4	Zusammenfassung der Befunde	112
6	Hypothesen	115
7	Empirische Studie	119
7.1	Untersuchungsanlage und Datensätze	119
7.1.1	Untersuchungsdesign	119
7.1.2	Analysemodell	122
7.1.3	Datenmaterial	123
7.1.4	Erfassung der Selbstdarstellung der Parteien	126
7.2	Untersuchungsgegenstand	129
7.2.1	Bundestagswahlkampf 1998	129
7.2.2	Bundestagswahlkampf 2002	132
7.2.3	Vergleich der Wahlkampfführung	134
8	Ergebnisse	137
8.1	Parlamentarische Aktivitäten der Kleinparteien im Bundestag	137
8.1.1	Anzahl und Struktur der parlamentarischen Aktivitäten	137
8.1.2	Politikfelder der Fraktionen der Kleinparteien	142
8.1.3	Zusammenfassung	150
8.2	Die Selbstdarstellung der Kleinparteien	152
8.2.1	Themen der Pressemitteilungen	152
8.2.2	Kommunikationsstil der Pressemitteilungen	156
8.2.3	Zusammenfassung	160
8.3	Berichterstattung über Kleinparteien in den Medien	161
8.3.1	Die Quantität der Berichterstattung über die Kleinparteien	161
8.3.2	Publikationschancen der einzelnen Parteien	170
8.3.3	Art und Weise der Berichterstattung	173
8.3.4	Valenzen der Sachthemenberichterstattung	190
8.3.5	Publizistische Lager	191
8.4	Ursachen der Darstellung: Selbstdarstellung	198
8.4.1	„policy“- und „politics“-Themen	199
8.4.2	Sachthemen und Valenzen der Selbstdarstellung der Kleinparteien	202
8.4.3	Kommunikationsstile	208
8.4.4	Fazit	210
8.5	Ursache II: Parlamentstätigkeit der Kleinparteien	211
8.5.1	Einschränkung des Datenmaterials	212
8.5.2	Vergleich der Themenagenden	213
8.5.3	Fazit	219
8.6	Politisches Handeln, Selbstdarstellung und Fremddarstellung	220

9	Kritik an der vorliegenden Studie	223
9.1	Anmerkungen zur Datenerhebung	223
9.2	Anmerkungen zur Datenanalyse	230
10	Fazit und Ausblick	231
	Literatur.....	243
	Anhang	267

Vorwort von Wolfgang Donsbach

Sucht man *den* Forschungsschwerpunkt der internationalen Kommunikationsforschung in den letzten zwanzig Jahren, dann ist es die politische Kommunikation und dort wiederum der Einfluss von Medien auf das politische System. Dies stellt durchaus eine Veränderung dar. Bis in die achtziger Jahre hinein interessierte sich die Politikwissenschaft praktisch überhaupt nicht für die Medien und die Kommunikationswissenschaft kaum für das politische System. Das erste Phänomen hat Thomas Patterson treffend beschrieben: „It’s difficult today to talk about democracy without also talking about the news media. That was not true a half century ago. One could very easily talk about democracy for hours without any serious reference to the media“ (Patterson 2003: 19). Eine Analyse der Indices von Buchpublikationen zu Parteien, Wahlen und politischer Partizipation, die in den fünfziger und sechziger Jahre in den USA veröffentlicht wurden, erbrachte so gut wie keine Einträge zu „Medien“ oder „Journalismus“. Heute sind Begriffe wie „Mediatisierung“, „Medialisierung“ (selbst Diskussionen über die feinen Unterschiede zwischen den Termini füllen Fachpublikationen), „Mediendemokratie“ und „Medien-Logik“ in aller Munde. Wir sind, folgt man Thomas Meyer, „Zeuge einer kopernikanischen Wende: Die Parteiendemokratie klassischen Zuschnitts wird zur Mediendemokratie“ (Meyer 2002: 7).

Während die Politikwissenschaftler – mit wenigen Ausnahmen wie etwa David Easton – die Medien erst entdecken mussten, brauchten die Kommunikationswissenschaftler einige Zeit, um sich ihrerseits der Makro-Ebene zuzuwenden. Ihre Forschung auf dem Gebiet der politischen Kommunikation hatte das Individuum, vor allem den „Wähler“, im Visier und behandelte die Strukturen und Prozesse im politischen System mehr oder weniger als Konstante. Die Persuasionsforschung ist hierzu der Klassiker und hat als solcher immer noch ihren Wert. Auch weiterhin wollen wir wissen, welche Botschaften beim Rezipienten welche Wirkungen erzielen, zum Beispiel im Wahlverhalten oder in der Partizipationsbereitschaft. Diese Forschungsperspektive ist nun aber ergänzt worden durch Fragen nach den generellen Abläufen im politischen System und inwieweit diese die Kräfteverhältnisse systematisch und auf Dauer verschoben haben. Ob diese Paradigmen-Ergänzung (einen „Wandel“ erkenne ich nicht, weil hierfür nach wie vor die Erklärung von individuellem Verhalten wissenschaftlich und praktisch zu wichtig ist) unter dem Einfluss der Systemtheorie passierte oder auch ohne sie gekommen wäre, ist eine akademische Frage. Tatsache ist aber, dass valide und relevante empirische Forschung zu den Systemveränderungen meist sehr gut auch ohne die dazugehörige Theorie auskommt.

Die Forscher im Bereich der Politischen Kommunikation – seien sie am Phänomen Politik interessierte Kommunikationswissenschaftler oder am Phänomenen Kommunikation interessierte Politologen – haben also zu recht ein Tätigkeitsfeld entdeckt, das an die höchsten Werte unseres politischen Systems anknüpft. Es geht um nichts Geringeres als um die Frage der politischen Legitimation, und zwar nicht die einzelner Akteure – wie etwa der Parteien oder der Medien, dies sind eher untergeordnete Fragen – sondern des politischen Systems als Ganzes. Die Frage lautet, ob die Wirklichkeit unserer modernen Demokratien

westlichen Zuschnitts noch genügend Schnittmengen mit ihren demokratietheoretischen Idealen hat, oder ob die einseitige oder zumindest gegenseitige Infiltration der Systeme eine neue Qualität geschaffen hat, die alle bisherigen Begründungen und Rechtfertigungen der politischen Philosophiegeschichte über den Haufen wirft. Die empirische Forschung über Indikatoren, die den Zustand des politischen Systems beschreiben, gibt nämlich genügend Anlass für Zweifel.

Doris Graber brachte es so auf den Punkt: „...the political dialogue is failing because the leading actors in the pageant of democracy – the politicians, the press and the voters – are bringing out the least in one another“ (Graber 1992: 5). Die Medien orientieren sich gemäß ihrer eigenen Logik an den boulevardesken Nachrichtenwerten, die sie ihren wirtschaftlichen Zielen näher bringen, die politischen Akteure folgen des kurzfristigen Erfolgs beim Wähler wegen der „Medien-Logik“ – und das Publikum? Es passt wegen seines nachgewiesenen rückläufigen Interesses an öffentlichen Angelegenheiten zu Gunsten des Entertainment und seiner dementsprechend dünnen Basis für politische Urteile jeglicher Art vielleicht am wenigsten in den demokratietheoretischen Rahmen, der die Legitimation dieses gegenüber anderen Systemen darstellt. Das Bild vom „monitoring citizen“ (Schudson 1998), der auch nur Nachrichten benötigt, die ihn lediglich im Krisenfall aufwecken und aktivieren (John Zallers (2003) Bild vom „burgler alarm“) sind Versuche, das Gesamtbild zu retten, auch wenn unsere Gesellschaften längst ‚democracies without citizens‘ (Entman 1989) sind, in denen nur noch eine kleine Elite das tut, was die Demokratie von ihnen erwartet und der Rest zu einem kommunikativen Prekariat verkümmert.

Dies sind alles andere als banale Forschungsthemen, von denen es auch mehr als genug in unserem Fach gibt. Aber es sind auch empirisch zu bearbeitende Themen, zu denen wir ständig neue Fragen stellen und Untersuchungsdesigns finden müssen. Der doppelte Zugang zu diesen Themen, von Seiten der Politik- und der Kommunikationswissenschaft, verspricht dabei den besten Erfolg. Olaf Janduras Studie liegt exakt im Schnittfeld zwischen beiden Disziplinen und hat sich einem kaum beachteten Bereich der politischen Kommunikation, den sogenannten „kleinen Parteien“, zugewandt. Er sieht einen wesentlichen Grund für seine Themenwahl in der Tatsache, dass der Kampf um die dritte Kraft im deutschen Parteiensystem zeitlich mit der verstärkten Entwicklung zur Mediendemokratie zusammenfällt. Gerade weil jüngste Phänomene im Bundestagswahlkampf 2005 (die „Linkspartei“ als eine dritte Kleinpartei mit nicht nur regionaler Bedeutung) zumindest vorübergehend das Parteiensystem wieder verändert haben, stellt sich die Frage, welche Chancen kleine Parteien haben, sich dem Bürger über die Nachrichtenmedien darzustellen, von welchen Faktoren diese Darstellung beeinflusst wird und ob auch hier Veränderungen – zum Beispiel im Hinblick auf eine stärkere Konzentration auf große Parteien – zu beobachten sind. Die in diesem Buch vorgestellte Studie hat somit die oben beschriebene normative Anbindung, weil sie sich letztlich der Qualität des politischen Diskurses, gemessen an der Chance, gehört zu werden, in unserer Gesellschaft widmet.

Dem Kern der Arbeit, dem empirischen Test der Hypothesen, liegt ein umfangreiches Datenmaterial aus verschiedenen Quellen zu Grunde. Olaf Jandura reiht sich damit in den immer noch exklusiven Kreis von Wissenschaftlern ein, die die Medienberichterstattung mit externen Realitätsindikatoren verknüpfen, um daraus zu empirisch begründeten Urteilen über deren Qualität zu kommen. Er verbindet Daten über die parlamentarischen Aktivitäten der Parteien mit deren Selbstdarstellung in Pressemitteilungen und der Medienberichterstattung. Alle drei Bereiche sind in der Arbeit durch eine beeindruckende Datenfülle

repräsentiert, die der Autor entweder selbst erhoben hat (Aktivitäten, Pressemitteilungen) oder an deren Erhebung er maßgeblich beteiligt war (Medieninhalte). Er sucht Ursachen für die unterschiedliche Behandlung der kleinen Parteien durch die Medien in deren parlamentarischen Aktivitäten, ihrer öffentlichen Selbstdarstellung sowie in generellen Faktoren journalistischer Nachrichtenauswahl.

Durch die Verknüpfung von zwei Wahlkämpfen 1998 und 2002 mit deren unterschiedlichen politischen Konstellationen und Koalitionen ist das Design der Studie vom Prinzip her quasi-experimentell angelegt. Olaf Jandura ist jedoch vorsichtig genug, sich nicht auf Kausalaussagen einzulassen, inwieweit die politische Rolle einerseits (Partei in Regierung bzw. in Opposition) und die politische Position (ökologische bzw. liberale Partei eine Rolle für deren mediale Darstellung spielen. Vermutlich sind die Umstände doch bei jeder Wahl immer wieder so komplex und notwendigerweise einzigartig, dass solche generalisierbaren Schlüsse nur schwer möglich wären. Immerhin erlaubt es aber diese breitere Basis von Ergebnissen aus zwei Wahlkämpfen, noch validere Schlüsse hinsichtlich der generellen Behandlung der kleinen Parteien zu ziehen.

Janduras Befunde sagen insgesamt nicht nur etwas über die Darstellung der kleinen Parteien aus, sondern sie sind ein Indikator für die Medienberichterstattung über die politischen Parteien in Deutschland insgesamt. Die Konzentration der Medien auf Spitzenpolitiker und die wachsende Volatilität der Wähler als Folge einer geringen Stammwählerschaft der kleinen Parteien machen die Medien gerade für sie immer wichtiger, wenn sie sich öffentlich behaupten wollen. Umgekehrt zeigen Janduras Ergebnisse, dass deren durchaus breite politische und parlamentarische Aktivitäten in den Medieninhalten nur sehr verkürzt vorkommen, was eine klare und vermutlich zunehmende Benachteiligung der kleinen Parteien darstellt. Die Studie führt zu einem klaren, weil empirisch erarbeiteten Ergebnis, das vor dem oben beschriebenen normativen Rahmen in die politische und mediale Wirklichkeit zurückgespielt werden kann und sollte. Janduras Ansatz hebt sich somit wohltuend von konstruktivistischen Betrachtungen der Medien-Performanz ab, die quasi unverbindlich im normenfreien Raum verhaftet bleiben. Ein Beispiel für einen normativ begründeten, aber empirisch gemessenen Indikator für die Qualität der Medieninhalte sind die Überlegungen, mit welchen Verfahren sich eine ‚angemessene‘ Repräsentation der Parteien in den Medien am sinnvollsten indizieren lässt. Dies stellt eine seltene und gelungene Verbindung von normativen, theoretischen und empirischen Aspekten sozialwissenschaftlicher Arbeit dar.

Diese Studie ist entstanden als Dissertation am Institut für Kommunikationswissenschaft der TU Dresden, an dem Olaf Jandura sechs Jahre lang wissenschaftlicher Mitarbeiter war. Er hat sie unter meistens sehr schwierigen Umständen neben vielen anderen Verpflichtungen an diesem kleinen, immer mit Überlast kämpfenden und gleichwohl sehr umtriebigen Institut fertig gestellt. Manch anderer wäre an der Aufgabe gescheitert, eine solch umfassende Studie mit einem alles andere als leichten Beruf zu verbinden. Auch dafür gebührt ihm Anerkennung und aus der Sicht seines früheren Chefs großer Dank für die geleistete Arbeit. Es ist daher umso schöner zu sehen, dass diese Studie nun der breiteren wissenschaftlichen Gemeinschaft zugänglich gemacht wird.

Dresden, im April 2007

Wolfgang Donsbach

1 Einleitung

Kleine Parteien hatten und haben im politischen System der Bundesrepublik Deutschland eine zentrale Position inne. Seit der ersten Wahl zum Deutschen Bundestag 1949 war immer mindestens eine Kleinpartei im Parlament vertreten und mit Ausnahme der Großen Koalitionen zwischen 1966 und 1969 und seit 2005 sowie der Regierungskrise 1960/61 sogar an der Regierungskoalition beteiligt.

Lange Zeit ließ sich die Rolle der Kleinparteien im politischen System Deutschlands mit der Rolle der FDP beschreiben, gelang es doch dieser Partei als einziger, sich bei den Konzentrationsprozessen im Parteiensystem neben den beiden Großparteien SPD und CDU/CSU zu behaupten. Erst mit dem Einzug der Grünen in den Bundestag 1983 verlor die FDP diese Sonderstellung, allerdings dauerte es weitere 15 Jahre, bis die Grünen, die nach der Fusion mit der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung Bündnis 90 den Namen Bündnis 90/Die Grünen trugen, von der SPD auf Bundesebene als regierungsfähig anerkannt wurden und somit eine Koalitionsoption darstellten.

Seit dem Bundestagswahlkampf 1998 gibt es nunmehr neben der Konkurrenz zweier Großparteien auch den Konkurrenzkampf zweier Kleinparteien. FDP und Bündnis 90/ Die Grünen verfolgen beide das Ziel, drittstärkste Kraft im Parteiensystem zu sein. Über Sieg und Niederlage in diesem gemeinsamen Ringen entscheidet letztlich der Wähler. Dieser ist jedoch in seiner Entscheidung maßgeblich davon beeinflusst, welche Informationen ihm zur Verfügung stehen. In einer Kommunikationsgesellschaft wie der heutigen bedeutet das vornehmlich, dass eine Abhängigkeit von der massenmedialen Berichterstattung besteht. In dieser Arbeit soll daher das Interesse auf die Frage gelenkt werden, wie sich das Medienbild kleiner und großer Parteien gestaltet und ob es systematische Unterschiede in der Berichterstattung gibt.

Neben der Beschreibung der Medieninhalte soll zudem hinterfragt werden, worauf selbige beruhen. Man möge meinen, dass es schlicht das politische Handeln der Parteien ist, welches sich in der Berichterstattung spiegelt. Stimmt diese Annahme, müsste sich eine Übereinstimmung zwischen den parlamentarischen Aktivitäten und dem Medienbild jeder Partei ergeben. Denkbar ist aber auch, dass die Selbstdarstellung der Parteien durch politische PR einen Einfluss auf die Medieninhalte hat. Also ist auch sie als mögliche Determinante in die Betrachtung einzubeziehen, genauso wie weitere Faktoren der journalistischen Nachrichtenauswahl wie Nachrichtenfaktoren oder redaktionelle Linien Beachtung finden müssen.

Die Frage nach einer angemessenen Berichterstattung politischer Akteure berührt den für die Demokratie zentralen Wert der Chancengleichheit. Nur wenn die Vorhaben, Taten und Sichtweisen der Parteien durch die Massenmedien umfassend und sachgerecht transportiert werden, werden die Medien ihrer Informations- und Meinungsbildungsfunktion gerecht. Daher soll in dieser Arbeit thematisiert werden, inwiefern die Massenmedien den Ansprüchen, die an sie hinsichtlich einer für das Gemeinwohl wertvollen Berichterstattung

gestellt werden, genügen und welche Wahrnehmungsoptionen sie den Bürgern bezüglich der Klein- und Großparteien anbieten.

Um die komplexe Fragestellung dieser Arbeit bewältigen zu können, wird zunächst die vorliegende Forschungsliteratur systematisch aufgearbeitet, ehe die Ergebnisse einer eigenständigen empirischen Studie vorgestellt werden. Besonderes Augenmerk wird auf die Verschränkung der Befunde aus der Politik- und der Kommunikationswissenschaft gelegt, weil sich das Thema in der Schnittmenge beider Forschungsperspektiven bewegt.

Zu Beginn der Arbeit wird zu klären sein, welche Aufgaben und Funktionen Parteien im politischen System allgemein zu erfüllen haben, welche speziellen Entwicklungen für das deutsche Parteiensystem festzustellen sind und welche Bedeutung Groß- und Kleinparteien darin haben. Anschließend soll thematisiert werden, welche Veränderungsprozesse es in der politischen Kommunikation gegeben hat, um den Wandel von einer Parteien- zu einer Mediendemokratie verständlich zu machen. Dabei wird der Blick auf alle drei Akteure im Kommunikationsprozess gelenkt: die Parteien, die Medien und die Bevölkerung.

Auf diesen Grundlagen aufbauend soll ein Vergleich angestellt werden, der die Ansprüche kleiner Parteien an eine gehaltvolle Berichterstattung der Realität gegenüberstellt. Hierfür werden zunächst die Ansprüche aus rechtlichen Quellen sowie aus der Demokratietheorie abgeleitet, um diese im Anschluss auf deren Einhaltung anhand einer Bestandsaufnahme der bisherigen Forschungsergebnisse zur Darstellung der Kleinparteien in den Massenmedien zu überprüfen. Ziel ist es, Annahmen über mögliche Ursachen für die Berichterstattung über Kleinparteien zu formulieren. Zur Prüfung der Thesen werden vorliegende empirische Evidenzen bzgl. des Medienbildes für Kleinparteien vorgestellt, die anschließend zur Formulierung konkreter Hypothesen für die eigene Untersuchung herangezogen werden.

Mit der empirischen Untersuchung soll der bis dahin beschrittene Weg der konsequenten Verknüpfung politik- und kommunikationswissenschaftlicher Befunde fortgesetzt werden. Anders als in früheren Studien wird mittels eines quasiexperimentellen, dreistufigen Designs zu klären versucht, welche der Ebenen der Politikformulierung, der Selbstdarstellung der Parteien oder Eigenmechanismen der Medien das gefundene Medienbild der politischen Parteien maßgeblich erklären hilft. Hierfür wurden das politische Handeln, die Öffentlichkeitsarbeit der Parteien und die Medienberichterstattung inhaltsanalytisch am Beispiel der 13. und 14. Legislaturperioden bzw. der Bundestagswahlkämpfe 1998 und 2002 untersucht. Neben der Beschreibung zentraler Befunde der einzelnen Erhebungen liegt der Schwerpunkt auf der verknüpfenden Analyse. So wird untersucht, ob die kleine Größe einer Partei auch eine Verengung der parlamentarisch bearbeiteten Themen nach sich zieht, ob Parteien in ihrer Selbstdarstellung in Pressemitteilungen die gesamte Bandbreite ihrer Arbeit abbilden oder eine Schwerpunktsetzung betreiben und ob das mediale Bild schließlich ein Produkt der beiden ersten Punkte ist oder nach eigenen Regeln entstanden sein muss.

Den Abschluss der Arbeit bildet eine Klassifikation der Befunde aufgrund ihres Verallgemeinerungsgrades. Hierbei werden Befunde unterschieden, die (1) für alle vier Parteien in beiden untersuchten Wahlkämpfen gelten, die (2) für Kleinparteien im Allgemeinen gelten, die (3) für Kleinparteien in bestimmten Positionen im parlamentarischen Regierungssystem gelten und die (4) speziell für eine der Kleinparteien bzw. (5) speziell für einen Wahlkampf gelten.

2 Parteien im politischen System der Bundesrepublik

Gewerkschaften, Verbände, Interessengruppen, Akteure sozialer Bewegungen und Parteien sind alle Verbindungsorgane zwischen Staat und Gesellschaft. Sie nehmen die Ansprüche, die die Bürger an das politische System richten, auf und übermitteln sie an die politischen Entscheidungsträger (Easton 1965: 71ff.). Die Parteien unterscheiden sich jedoch von allen anderen Trägern der politischen Willensbildung in liberalen Demokratien dadurch, dass ihnen eine herausgehobene Stellung im politischen System zugebilligt wird (Hallin, Mancini 2004: 50ff.). Sie sind in der Bundesrepublik Deutschland die einzigen Träger der politischen Willensbildung von Verfassungsrang. So ist im Artikel 21 des Grundgesetzes verankert: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“

Die zentrale Rolle der Parteien wird dadurch deutlich, dass sie eine lebendige Verbindung zwischen Staat und Staatsvolk herstellen sollen. Auf der einen Seite sind sie Vereinigungen von Bürgern, die sich frei und selbständig organisieren, auf der anderen Seite stellen Parteien das Personal für das zentrale politische Entscheidungsorgan in Demokratien, das Parlament, so ein ausreichender Teil der Bevölkerung dies im Zuge der Wahlentscheidung wünscht (Oberreuter 1992: 28). Somit ist der Einfluss der Parteien bzw. die Stärke des Einflusses einer jeden Partei auf die Willensbildung vom Souverän legitimiert, während alle anderen Interessengruppen eine derartige Legitimationsbasis nicht aufweisen können. Daher sind Parteien auf besondere Art und Weise dafür geeignet, die Kommunikation zwischen Staat und Staatsvolk zu gewährleisten, sind sie doch sowohl im Parlament als auch in breitesten gesellschaftlichen Schichten vertreten (Oberreuter 1983: 28ff.).

2.1 Aufgaben der Parteien im politischen System

Aufgrund der Sonderstellung politischer Parteien als Träger der Willensbildung von Verfassungsrang werden ihnen zum einen Privilegien zuteil, zum anderen leiten sich daraus bestimmte Pflichten und Funktionen ab, die die Parteien für das politische System zu erfüllen haben. Diese sind im §1 Abs. 2 des Parteiengesetzes festgehalten: „(2) Die Parteien wirken an der Bildung des politischen Willens des Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens mit, indem sie insbesondere auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluss nehmen, die politische Bildung anregen und vertiefen, die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben fördern, zur Übernahme öffentlicher Verantwortung befähigte Bürger heranbilden, sich durch Aufstellung von Bewerbern an den Wahlen in Bund, Ländern und Gemeinden beteiligen, auf die politische Entwicklung in Parlament und Regierung Einfluss nehmen, die von ihnen erarbeiteten politischen Ziele in den Prozess der staatlichen Willensbildung einführen und für eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen sorgen.“ (§1 Abs. 2 Parteiengesetz).

Einflussnahme auf die Bildung des politischen Willens des Volkes üben Parteien dadurch aus, dass sie aufgrund ihrer Ideologie und/oder Programmatik Zielvorstellungen für